



Sieg oder Niederlage? Die neue Afghanistan Strategie aus pakistanischer Perspektive

Der Analyse und Bewertung der Afghanistan Konferenz in London am 28. Januar 2010 wird in Pakistan wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Als nunmehr sechste große internationale Geberkonferenz in acht Jahren und als dritte US-amerikanische Ankündigung einer neuen Strategie binnen eines Jahres erscheinen Afghanistan Konferenzen als inflationär und der angekündigte Strategiewechsel als wenig neu. Sowohl die Aufstockung der Truppen der internationalen Staatengemeinschaft ("military surge") als auch die Ankündigung eines politischen Dialogs mit den aufständischen Talibankräften ("Verhandlungslösung") wurden bereits im Laufe des vergangenen Jahres wiederholt thematisiert und stellen aus pakistanischer Sicht keine Neuerung dar, deren Verkündung einer weiteren internationalen Afghanistan Konferenz bedurft hätte. Vielmehr gelten das Debakel bei den jüngsten afghanischen Präsidentschaftswahlen, der schwindende öffentliche Rückhalt des Afghanistaneinsatz in den USA und in nahezu allen am ISAF-Einsatz beteiligten Nationen und die daraus resultierende Notwendigkeit der Einigung auf eine zeitlich überschaubare Exit-Strategie als eigentliche Auslöser der vorwiegend als Medienspektakel und *fund-raising event* wahrgenommenen London Konferenz.

Einzig die auf der Konferenz verkündete und als Exit-Strategie verstandene Dialogbereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft hat in Pakistan einige Fragen aufgeworfen und leidenschaftliche, teils polemische Reaktionen ausgelöst. Wieso ist die US-amerikanische Regierung nicht im November 2001 in einen ernsthaften Dialog mit der damaligen Regierung in Kabul getreten und hat auf diplomatischem Weg die Isolierung, Ausweisung oder gar Auslieferung von Osama bin Laden und eine Mäßigung des Talibanregimes betrieben? Wieso ist man jetzt zu einer Verhandlungslösung bereit, wo die mit der "Operation Enduring Freedom" und dem ISAF-Einsatz verfolgten Ziele — vor allem Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frauenrechte — noch immer unerreicht und in weiter Ferne sind? Wieso hat man Pakistan über Jahre hinweg für Dialogbereitschaft und Verhandlungslösungen mit pakistanischen Talibankräften in den Stammesgebieten der nordwestlichen Grenzprovinz kritisiert und propagiert nun eben diese Strategie als neu und zukunftsweisend?

Die Bereitschaft mit "gemäßigten" Taliban Kräften in Afghanistan in Dialog zu treten und mittelfristig ihre Beteiligung am politischen Prozess zu ermöglichen, wird in nahezu allen Bevölkerungsschichten Pakistans als Eingeständnis der Niederlage der US-amerikanischen Streitkräfte im Afghanistaneinsatz verstanden. Dabei ist die plötzliche Bereitschaft zur Verhandlungslösung gemäß pakistanischer Perzeption ein zwar längst überfälliger Schritt auf dem Weg zur Beendigung des militärischen US und NATO Engagements und der Befriedung Afghanistans. Da die Strategie der politischen Einbindung des militärischen Gegners jedoch nicht nach militärischen Erfolgen, sondern nach zahlreichen militärischen und auch politischen Niederlagen kommt, wird die Verhandlungsbereitschaft vor allem als ein Sieg des afghanischen Widerstandes über die US-amerikanischen Streitkräfte verstanden, also als eine neue Strategie, die nicht auf einer Position der Einsicht und Stärke, sondern auf alternativloser Notwendigkeit beruht und einzig den Zweck verfolgt, sich gesichtswahrend und möglichst zügig aus dem von außen unlösbaren Konflikt zurückzuziehen. Dabei wird nicht die Dialogbereitschaft selbst kritisiert, sondern mit einer gewissen Schadenfreude festgestellt, dass die US-amerikanische Regierung die Notwendigkeit eines politischen Dialoges mit dem militärischen Gegner erst nach acht verlustreichen Kriegsjahren realisiert und augenscheinlich nur dazu bereit ist, weil eine militärische Lösung des Konflikts unmöglich ist und die öffentliche Meinung in nahezu allen am internationalen Afghanistaneinsatz beteiligten Ländern auf baldigen Abzug der eigenen Soldaten drängt.

Ungeachtet des reflexartigen Empfindens von Schadenfreude in Anbetracht der US-amerikanischen Niederlage in Afghanistan überwiegen jedoch Zweifel und Sorge ob der möglichen Konsequenzen und Folgen für Pakistan sowohl im Falle des Erfolges wie auch im Falle des Scheiterns der neuen Afghanistan Strategie. Dabei ist vor allem unklar, wie sich die widersprüchlichen Taktiken des "military surge" *gegen* und des zeitgleichen politischen Dialogs *mit* den Aufständischen zu einer erfolgreichen Gesamtstrategie verbinden lassen, insb. in Anbetracht der Tatsache, daß Vertreter und Sprecher der afghanischen Talibanbewegung das Gesprächsangebot offensichtlich als Zeichen der eigenen Stärke verstehen, die London-Konferenz als inhaltsloses Medienspektakel weit von sich weisen und als Vorbedingung jedweder Form von Dialog unverändert den sofortigen Abzug aller fremden Streitkräfte aus Afghanistan fordern.

Unklar ist ferner, wie die neue Strategie praktisch umgesetzt werden soll und nach welchen Kriterien gute von bösen beziehungsweise gemäßigte von maßlosen Taliban zu unterscheiden sind. Wird man tatsächlich, wie angekündigt, die Loyalität einfacher Fußsoldaten und Mitläufer der Talibanbewegung erkaufen und sie mit finanziellen Anreizen zum Seitenwechsel bewegen können? Oder werden jahrelang in der öffentlichen Meinung und Kriegspropaganda als Verbrecher gegen die Menschlichkeit verurteilte Führungspersönlichkeiten der fraktionierten Aufstandsbewegung rehabilitiert und mit ihnen die jeweilige Gefolgschaft?

Seitens der pakistanischen Regierung und insbesondere seitens des pakistanischen Sicherheitsapparats stehen beim gegenwärtigen Prozess der Meinungsfindung

jedoch nicht Fragen der politischen Moral oder des grundsätzlichen politischen Erfolges der neuen Dialogstrategie im Vordergrund, sondern die eigene Rolle bei der antizipierten neuen politischen Lösung des vormals militärischen Konflikts und vor allem der eigene Einfluss auf die zukünftigen politischen Geschicke des aus pakistanischer Sicht geo-strategisch überaus bedeutenden Nachbarlandes.

Die Talibanbewegung selbst war eine Kreation Pakistans, um nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan und dem anschließenden Bruderkrieg unterschiedlicher Mujahedin-Fraktionen in den 1990er Jahren erfolgreich ein zwar international geächtetes, aber Pakistan eng verbundenes Regime zu etablieren. Dabei sollte eine freundlich gesinnte Regierung in Afghanistan dem seit Staatsgründung 1947 unter der politischen und militärischen Dominanz Indiens leidenden Pakistan eine gewisse strategische Tiefe verleihen oder zumindest eine gewisse politisch-militärische Sorglosigkeit an seiner westlichen Staatsgrenze ermöglichen, um sich ganz der Abwehr einer permanenten indischen Angriffsgefahr an der östlichen Landesgrenze widmen zu können.

Diese grundsätzliche strategische Überlegung – das militärische Einschachhalten des Erzfeinds im Osten bedarf eines loyalen Sympathisanten im Westen des Landes – hat in Pakistans bis heute Bestand und bestimmt im wesentlichen auch die Bewertung der Ergebnisse der Afghanistan Konferenz in London: jedwede Lösung des Konflikts ist erwünscht, vorausgesetzt sie resultiert in einer pakistan-freundlichen Regierungsführung und einem Zurückdrängen des seit 2002 sich stark ausdehnenden indischen Einflusses insbesondere in den süd- und südwestlichen Provinzen Afghanistans. Zur Erreichung dieses Zieles sind aus pakistanischer Sicht ein Dialog mit den Taliban, ihre Einbindung in politische Prozesse und mittelfristig auch ihre Regierungsbeteiligung besonders geeignet, gerade natürlich unter pakistanischer Vermittlung und Verhandlungsführung, die nach der London Konferenz neuerlich angeboten wird.

Inwiefern der pakistanische Sicherheitsapparat auch nach dem Ende 2001 erzwungenen Richtungswechsels in der pakistanischen Afghanistanpolitik trotz offizieller Distanzierung zur Talibanbewegung noch immer über gute Kontakte in die radikalislamistische Szene verfügt, ist strittig. Zumindest die Kontrolle über militante Islamisten in Pakistan selbst, deren Förderung und Unterstützung im Kampf um die Befreiung Kaschmirs von indischer Besatzung Jahrzehnte zur Staatsräson gehörte, scheint in den vergangenen Jahren weitgehend verloren gegangen zu sein. Der pakistanische Staat selbst ist inzwischen erklärter Gegner zahlreicher Jihad-Bewegungen und leidet unter religiös-motivierten Anschlägen und Gewalttaten, die sich explizit gegen den pakistanischen Sicherheitsapparat richten.

Insofern sind die Ergebnisse der London Konferenz auch von innenpolitischer Bedeutung für Pakistan. Man hat sich im November 2001 nur unter Zwang vom Talibanregime in Afghanistan distanziert und damit unter anderem einen Konflikt mit sympathisierenden islamistischen Kräften im eigenen Land riskiert, der sich inzwischen fast täglich in Selbstmordattentaten und Bombenanschlägen manifestiert. Auf außenpolitischen Druck hin ist man im vergangenen Jahr erstmals in den

nordwestlichen Stammesgebieten Pakistans gegen die Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP) vorgegangen und hat vermeintliche Rückzugsgebiete der afghanischen Taliban im Grenzgebiet militärisch zu durchdringen versucht. Nun stehen die Zeichen jenseits der Grenze plötzlich auf Verhandlungslösung und somit das eigene militärische Vorgehen gegen die TTP in Frage.

Weitere Aspekte der Afghanistan Konferenz in London finden in Pakistan keine Beachtung. Lediglich das verstärkte Engagement der internationalen Staatengemeinschaft beim Aufbau der afghanischen Streit- und Sicherheitskräfte auf eine Gesamtzahl von bis zu 300.000 Personen wird beiläufig registriert, jedoch auch in diesem Fall vorwiegend unter dem Gesichtspunkt, dass die Stärke afghanischer Streit- und Sicherheitskräfte keinesfalls die Pakistans überschreiten dürfe und vor allem Indien keinen Anteil an Aufbau und Ausbildung der Afghan National Army (ANA) haben dürfe. Auch die im Rahmen der London Konferenz angekündigte Aufstockung deutscher Truppen und die Beteiligung Deutschlands am Rehabilitationsfond finden in Pakistan keine nennenswerte Beachtung und gelten in ihrer Bescheidenheit als eher symbolisches Zeichen weiteren deutschen Engagements in Afghanistan.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Dr. Martin Axmann, Büro Islamabad
Redaktion: Richard Asbeck, IBZ
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax.:+49 (0)89 1258-359
e-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
Erstellt am: 1. Februar 2010